

Für ein besseres Amerika

In den Vereinigten Staaten von Amerika werben Lebensrechtler seit Jahrzehnten unverdrossen für einen Bewusstseinswandel beim Umgang mit ungeborenen Menschen.

Ein mühsames Unterfangen, das jedoch längst eine Reihe von Erfolgen vorweisen kann.

Von Regina Einig

Tausende Lebensrechtler haben am 22. Januar beim traditionellen »Marsch für das Leben« in Washington für den Schutz Ungeborener in allen Bundesstaaten der Vereinigten Staaten demonstriert. Unter dem Motto »Einheitliche Lebensschutzregeln in ganz Amerika. Keine Ausnahme! Keinen Kompromiss!« forderten die über-

den Gläubigen und mehr als dreißig Bischöfen unterstrich der Vorsitzende der Lebensschutzkommission der Nordamerikanischen Bischofskonferenz, das Urteil des Obersten Gerichtshofs von 1973 sei unvereinbar mit der menschlichen Würde. Präsident George W. Bush wandte sich mit einem aufgezeichneten Grußwort an die Teilnehmer. Bush be-

den Köpfen ihrer Mitbürger zu fördern. »Wir sind noch nicht am Ziel, aber wir machen Fortschritte«, lautete Bushs Fazit.

45 MILLIONEN UNGEBORENE FIELEN DEM URTEIL ZUM OPFER

Der 22. Januar steht in Nordamerika seit 1974 im Zeichen des Lebensschutzes. Am 22. Januar 1973 hatte der Oberste Gerichtshof mit dem Urteil »Roe gegen Wade« das Abtreibungsverbot für verfassungswidrig erklärt und damit die Grundlagen für die straffreie Abtreibung in allen Bundesstaaten gelegt. Schätzungen des Verbandes »Focus on the Family« zufolge sind seit 1973 in den Vereinigten Staaten etwa 45 Millionen Ungeborene abgetrieben worden. Die Statistik des Guttmacher-Instituts in New York weist einen Rückgang von 1,3 Millionen im Jahr 2000 auf 1,2 Millionen Abtreibungen 2005 auf. Derzeit endet jede fünfte Schwangerschaft in den Vereinigten Staaten mit einer Abtreibung, zu Beginn der achtziger Jahre war es noch jede dritte. Das »Nationale Komitee für das Recht auf Leben« erklärte, die Entwicklung sei zumindest teilweise den Lebensschützern zu verdanken. Man habe landesweit Anlaufstellen für Schwangere eingerichtet und Gesetze durchgesetzt, wonach sich Frauen in vielen Bundesstaaten vor einem Abbruch beraten lassen müssen.

Die katholische Kirche in den Vereinigten Staaten hatte seit Wochen für die Veranstaltung in Washington geworben, der mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen besondere Bedeutung zugemessen wird. Der 22. Januar wird in allen Diözesen Nordamerikas mit Motivmessen, Andachten und Anbetung als »Tag des Gebets und der Buße« begangen. Bereits im November 2007 hatten die Bischöfe die Gläubigen in einem »Aufruf zu politischem Verantwortungsbewusstsein« daran erinnert, dass Abtreibung und Euthanasie die Würde des Menschen in den



Jedes Jahr demonstrieren in den USA Lebensrechtler beim »March for life« gegen »Roe v. Wade«.

wiegend christlichen Demonstranten ein Verbot straffreier Abtreibungen und zogen über die National Mall zum Obersten Gerichtshof. Am Vorabend hatte Kardinal Justin Rigali, Erzbischof von Philadelphia, während einer Messe für den Schutz des ungeborenen Lebens das geltende Abtreibungsgesetz scharf verurteilt. Vor tausend-

grüßte, dass die Zahl der Abtreibungen in den Vereinigten Staaten gesunken ist. Dass jede fünfte Schwangerschaft in Nordamerika mit einer Abtreibung endet, kommentierte der Präsident kurz: »Amerika ist eigentlich besser«. Er ermutigte die Lebensschützer, ihr Bestes zu geben, um einen Wandel in den Herzen und in

Vereinigten Staaten am stärksten gefährdeten und dazu aufgefordert, ihr Gewissen im Sinn des kirchlichen Lehramts zu bilden.

Auch katholische Hochschulen, Priesterseminare und theologische Fakultäten zeigten eine – im Vergleich zu europäischen Verhältnissen – verblüffende Präsenz: Das »Christendom College« in Front Royal im Bundesstaat Virginia hatte alle Studenten, Professoren und Angestellten zur Teilnahme verpflichtet. Die Jesuitenhochschule Georgetown und die Katholische Universität von Amerika in Washington veranstalteten Seminare über Lebensschutzfragen und Gebetsstunden für Ungeborene. Auch zahlreiche orthodoxe Christen beteiligten sich an der Kundgebung in Washington. Zu den erfolgreichsten Lebensschützerenteams, die Nellie Gray, die Organisatorin des »Marches für das Leben« in diesem Jahr in Washington vorstellte, gehörten die Mitarbeiter der »Johannes Paul II.-Tour«, die von dem ehemaligen Bootshändler Mark Hall ins Leben gerufen wurde. Seit zwölf Jahren laden sie abtreibungswillige Frauen in mehreren größeren Städten der Vereinigten Staaten in mobilen Ambulanzen dazu ein, sich Ultraschallbilder ihres ungeborenen Kindes zu betrachten. Jede Schwangere erhält für ihre Zusage hundert Dollar bar auf die Hand. Hall setzt nach eigenen Angaben seine jahrelangen Erfahrungen als Verkäufer ein, um Frauen auf der Straße zum Anschauen des Ultraschallbilds zu überreden.

Seine Bilanz kann sich sehen lassen: 450 Frauen sagten den Abtreibungstermin ab, nachdem sie ihr Kind gesehen hatten. Sieben hielten an ihrem Entschluss fest und trieben ab. Die Erfolgsquote von 95 Prozent spornt Hall und seine Mitarbeiter auf ihren Reisen durch die Vereinigten Staaten an. Zu Ehren des verstorbenen Papstes hat Hall die Tour nach Johannes Paul II. benannt. Sympathiebekundungen erhielt auch der texanische Senator Ron Paul, der als einziger Präsidentschaftskandidat an dem Marsch teilnahm.

Die Furcht vor einem Sieg der Demokraten sitzt in der Lebensschutzbewegung tief: Sollten Hillary Clinton oder Barack Obama Präsident Bush im Herbst beerben, stünden mühsam erkämpfte Erfolge der Lebensschutzbewegung auf dem Spiel. Ausdrücklich warnten republikanische Politiker am Dienstag in Washington vor der Wahl eines demokratischen Kandidaten, der liberale Richter für den Obersten Gerichtshof ernennen könnte.

Sowohl Clinton als auch Obama wollen Entwicklungshilfeprogrammen der Vereinten Nationen, die für Abtreibung wer-



Der Supreme Court der USA in Washington D.C.

ben, wieder aus der Staatskasse bezuschussen. Mit der sogenannten Mexico City Policy hatte Präsident Reagan 1984 sämtlichen Nichtregierungsorganisationen Steuergelder entzogen, die in Entwicklungsländern die Abtreibung fördern. Bill Clinton hob die Regelung auf, Präsident Bush führte sie gegen den Widerstand der Demokraten wieder ein. Clinton und Obama lehnen auch eine staatliche Aufklärung über gesundheitliche Risiken infolge von Abtreibungen ab. 26 Bundesstaaten informieren abtreibungswillige Schwangere über die Gefahren des Eingriffs und weisen auf Alternativen hin. 35 Bundesstaaten verbieten Minderjährigen, ohne Wissen ihrer Eltern abzutreiben. Diese Regelungen lehnen die beiden führenden demokratischen Bewerber ab, ebenso die in bisher zehn Bundesstaaten geltende gesetzliche Erlaubnis, abtreibungswilligen Schwangeren vor dem Eingriff Ultraschallbilder ihres Kindes zu zeigen. Einer Umfrage des Magazins »Times« vom Dezember zufolge befürwortet die Mehrheit der Bevölkerung einen besseren gesetzlichen Schutz des ungeborenen Lebens. Mehr als die Hälfte der Befragten lehnt Abtreibung demnach in nahezu allen Fällen ab.

AUCH DIE JURISTEN NENNEN DAS KIND NUN BEIM NAMEN

Nach einer Umfrage des Nachrichtensenders »Fox News« berücksichtigen 45 Prozent der wahlberechtigten Amerikaner bei der Stimmabgabe die Positionen der Präsidentschaftskandidaten zu Lebensschutzfragen. Als Hoffnungszeichen werten Beobachter den Anstieg der Geburtenrate. 2006 kamen in den Vereinigten

Staaten 4,3 Millionen Babys zur Welt, die höchste Zahl seit 1961. Mit durchschnittlich 2,1 Kindern pro Frau sind Amerikanerinnen deutlich geburtenfreudiger als Frauen in Europa, Australien, Kanada und Japan. Vor allem die zumeist katholischen Einwanderinnen aus Lateinamerika haben zu dieser Entwicklung beigetragen. 2006 kamen in den Vereinigten Staaten erstmals mehr als eine Million Kinder von »hispanics« zur Welt. Die Geburtenrate der Lateinamerikanerinnen in den USA lag bei 3 Kindern pro Frau und übertraf damit deutlich die Statistik der Heimatländer (Zentralamerika: 2,7; Südamerika: 2,4).

Als Durchbruch werten Lebensschützer in den Vereinigten Staaten auch den Wandel in der Juristensprache des Obersten Gerichtshofs. Jahrzehntlang umschrieben die Richter das ungeborene Leben in Urteilen zu Abtreibungsgesetzen als »potenzielles Leben«. Im Urteil »Gonzalez gegen Carhart« vom April 2007 zum Verbot von Spätabtreibungen wurde Abtreibung erstmals als Tötung (»killing«) und das Ungeborene als »Fötus« oder »ungeborenes Kind« bezeichnet. Dass der Oberste Gerichtshof mit Blick auf Abtreibungen mittlerweile auch »emotionale Konsequenzen« erwähnt und von einer »schwierigen und schmerzlichen moralischen Entscheidung« spricht, ist in der katholischen Kirche auf Zustimmung gestoßen. »Jetzt wird Abtreibung endlich nicht mehr als ein geringfügiger, moralisch unproblematischer Eingriff wie dem Ziehen eines Backenzahns abgetan«, heißt es in einem Kommentar des Lebensschutzbüros der Amerikanischen Bischofskonferenz.

Quelle: Die Tagespost vom 24.01.2007